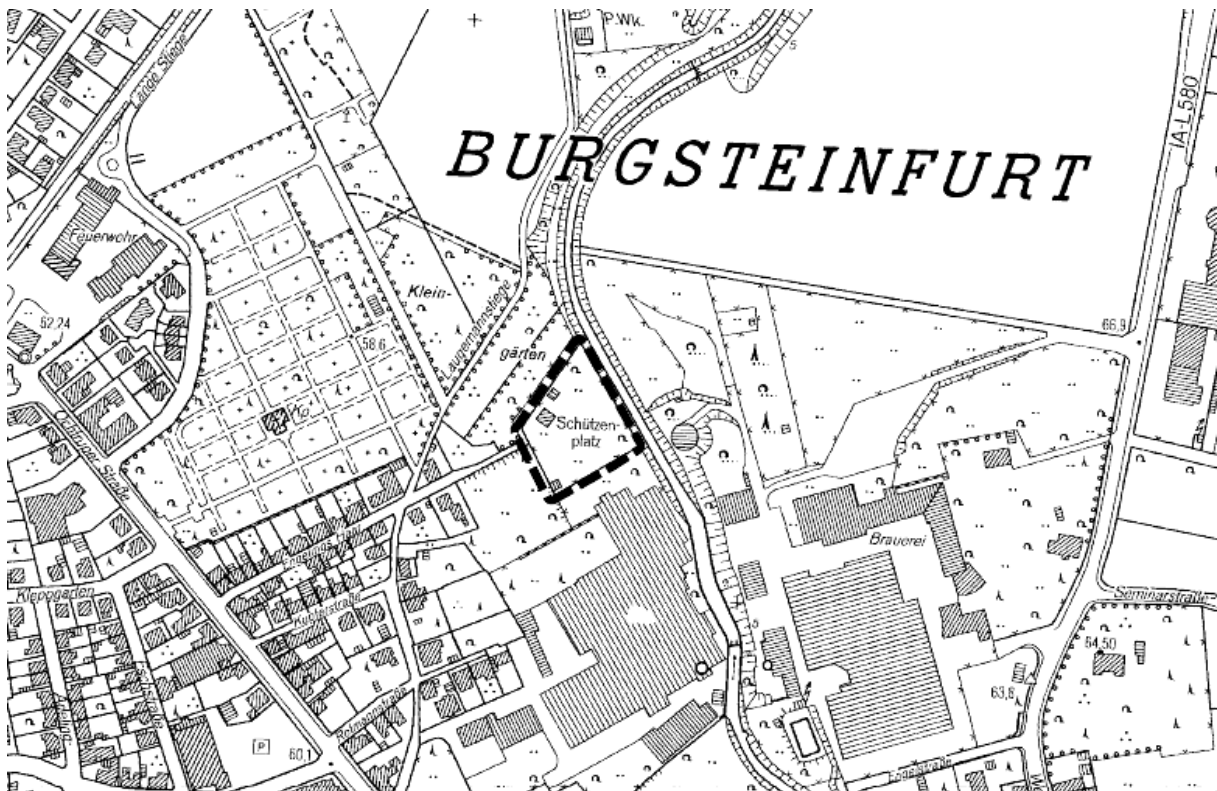


Kreisstadt Steinfurt, Stadtteil Burgsteinfurt

85. Änderung des Flächennutzungsplanes im Bereich des Bebauungsplanes Nr. 42f „östlich Engelings Haar – Teil II“

Begründung



Stand: Beteiligung nach § 3 (1) und § 4 (1) BauGB



Kreisstadt Steinfurt
Fachdienst Stadtplanung und Bauordnung

Inhalt

1. Planungsanlass	1
2. Räumlicher Geltungsbereich und angrenzende Nutzungen	1
3. Ziele der Raumordnung	2
4. Plandarstellungen	2
5. Verkehrliche Erschließung	3
6. Ver- und Entsorgung	3
7. Flächenbilanz	3
8. Auswirkungen der Planung	3
8.1. Umweltverträglichkeit / Schutz von Natur und Landschaft	3
8.2. FFH-Verträglichkeit	4
8.3. Artenschutz	4
8.4. Immissionsschutz	5
8.5. Klimaschutz	5
8.6. Bodenschutz / Flächen mit Bodenbelastungen	5
8.7. Denkmalschutz	6
8.8. Bodenordnung	7
8.9. Kampfmittel	7
9. Verfahren	7

1. Planungsanlass

Der Rat der Kreisstadt Steinfurt hat in seiner Sitzung am 16.12.2021 die Aufstellung der 85. Änderung des Flächennutzungsplanes im Bereich des Bebauungsplanes Nr. 42f „östlich Engelings Haar – Teil II“ gemäß § 1 (8) Baugesetzbuch (BauGB) beschlossen. Städtebauliches Ziel ist es, auf dem Gelände des Schützenplatzes am Engelings Haar die planungsrechtlichen Voraussetzungen für insbesondere einen Spielplatz zu schaffen.

Im Rahmen des seit dem 26.05.2014 rechtsverbindlichen Bebauungsplanes Nr. 42b „Terbergerstraße / nördlicher Teil“ ist im nördlichen Geltungsbereich auf dem Flurstück 403, Flur 1, Gemarkung Burgsteinfurt eine öffentliche Grünfläche mit der Zweckbestimmung „Spielplatz“ festgesetzt. Der dort geplante öffentliche Kinderspielplatz Engelings Haar soll aufgrund eines bestehenden Pachtverhältnisses mit einem Anwohner und in Absprache mit dem Vorstädter Schützenverein auf dessen Schützenplatz in unmittelbarer Nähe auf den Flurstücken 230, 231 (tlw.) und 232 (tlw.) angelegt werden. Für die Genehmigungsfähigkeit und zur Sicherstellung einer geordneten städtebaulichen Entwicklung ist die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 42f „östlich Engelings Haar – Teil II“ erforderlich.

Der wirksame Flächennutzungsplan stellt für das Schützengelände eine „gewerbliche Baufläche“ dar. Um auch dem Entwicklungsgebot gemäß § 8 (2) BauGB gerecht zu werden, ist ergänzend eine parallele Änderung des Flächennutzungsplanes erforderlich. Die Kreisstadt Steinfurt beabsichtigt daher für den Bereich der Flurstücke 230, 231 (tlw.) und 232 (tlw.), Flur 1, Gemarkung Burgsteinfurt die dargestellte „gewerbliche Baufläche“ gemäß § 1 (1) Nr. 1 Baunutzungsverordnung (BauNVO) in eine Grünfläche mit der Zweckbestimmung „Spielplatz“ gemäß § 5 (2) Nr. 5 BauGB zu ändern. Die Übereinstimmung zwischen vorbereitender und verbindlicher Bauleitplanung wird somit gemäß § 8 (2) BauGB gewährleistet.

Bei der Änderung des Bauleitplanes werden insbesondere die Belange von Freizeit und Erholung (§ 1 (6) Nr. 3 BauGB) berücksichtigt.

2. Räumlicher Geltungsbereich und angrenzende Nutzungen

Der räumliche Geltungsbereich der 85. Änderung des Flächennutzungsplanes befindet sich im nördlichen Stadtgebiet der Kreisstadt Steinfurt im Ortsteil Burgsteinfurt und ist auf dem Deckblatt der Begründung dargestellt. Er umfasst die im wirksamen Flächennutzungsplan im Bereich des Schützenplatzes am Engelings Haar dargestellte „gewerbliche Baufläche“ zu einer Größe von ca. 4.170 qm. Das Plangebiet umfasst sowohl das ringsum eingezäunte Vereinsgelände mit Vereinsheim und Remise als auch den die Steinfurter Aa begleitenden Fuß- und Radweg in wassergebundener Decke. Gewerbliche Nutzungen sind entgegen der Darstellung nicht vorhanden. Eine besondere Geländeneigung innerhalb des Gebietes ist bis auf den Böschungsbereich zum Wasserlauf nicht erkennbar. Die Höhen liegen zwischen ca. 51,75 und 56,00 Meter über Normalhöhennull (NHN).

Das nahe Umfeld im Stadtgebiet Burgsteinfurts wird den Darstellungen des Flächennutzungsplanes entsprechend vorrangig wohnbaulich genutzt. Sowohl im Norden als auch im Süden und Westen ist der Planbereich durch Wohnbebauung eingefasst. Nordöstlich befindet sich der evangelische Friedhof. Östlich des Wasserlaufes der Steinfurter Aa liegt innerhalb der dort dargestellten gewerblichen Baufläche das Betriebsgelände der örtlich ansässigen Brauerei.

3. Ziele der Raumordnung

Gemäß § 1 (4) BauGB sind die Bauleitpläne den Zielen der Raumordnung anzupassen. Der Regionalplan Münsterland legt für den Regierungsbezirk Münster die räumlichen und strukturellen Entwicklungen als raumplanerisches Gesamtkonzept fest. Er koordiniert die unterschiedlichen Flächenansprüche an den Raum und gibt als Planungsgrundlage Rahmenbedingungen für die Flächennutzungspläne vor.

Im seit dem 27.06.2014 wirksamen Regionalplan Münsterland ist der Planbereich als „Allgemeiner Siedlungsbereich (ASB)“ festgelegt. Damit entspricht die Planung grundsätzlich den Zielen der Raumordnung.

Zu den Vorgaben der Regional- und Landesplanung gehört auch der länderübergreifende Bundesraumordnungsplan für den Hochwasserschutz (BRPH), der am 01.09.2021 in Kraft getreten ist. Der Bundesraumordnungsplan zum Hochwasserschutz soll das Wasserrecht unterstützen und ergänzen und dient dazu den Hochwasserschutz zu verbessern.

Für die Steinfurter Aa wurde vom Beginn der Ausuferung bis zur Mündung in die Vechte mit ordnungsbehördlicher Verordnung vom 14.01.2004 durch die Bezirksregierung Münster das Überschwemmungsgebiet neu festgesetzt. Das festgesetzte Überschwemmungsgebiet „Steinfurter Aa“ grenzt östlich an den Planbereich an. Hochwassergefahren- bzw. -risikokarten beinhalten für den Bereich der Flächennutzungsplanänderung keine Darstellungen, sodass besondere Festlegungen zum Hochwasserrisikomanagement entbehrlich sind, zumal keine dauerhaften und schützenswerten (Wohn-)Nutzungen in unmittelbarer Nachbarschaft zum Wasserlauf planungsrechtlich vorbereitet werden (Ziel I.1.1).

Die Starkregenhinweiskarte für Nordrhein-Westfalen zeigt lediglich am nördlichen Randbereich zum Stichweg Engelings Überflutungen auf. Da Bauflächen zugunsten von Grünflächen zurückgenommen werden, sind besondere Festlegungen zum Klimawandel und zur Klimaanpassung ebenso entbehrlich (Ziel I.2.1).

4. Plandarstellungen

Der Flächennutzungsplan (FNP) als vorbereitender Bauleitplan stellt gemäß § 5 (1) BauGB für das ganze Stadtgebiet die sich aus der beabsichtigten städtebaulichen Entwicklung ergebende Art der Bodennutzung nach den voraussehbaren Bedürfnissen in den Grundzügen dar.

Im seit dem 20.03.2000 wirksamen Flächennutzungsplan der Kreisstadt Steinfurt ist der Planbereich als „gewerbliche Baufläche“ gemäß § 1 (1) Nr. 1 BauNVO dargestellt.

Im Rahmen der 85. Änderung wird nunmehr eine Grünfläche mit der Zweckbestimmung „Spielplatz“ gemäß § 5 (2) Nr. 5 BauGB dargestellt. Die genaue (Grün-)Anlagenplanung innerhalb der dargestellten Grünfläche mit der Zweckbestimmung „Spielplatz“ berührt nicht die Vorgaben und den Regelungsinhalt des Flächennutzungsplanes als vorbereitenden Bauleitplan. Der nachgelagerte Bebauungsplan Nr. 42f „östlich Engelings Haar - Teil II“ enthält die rechtsverbindlichen Festsetzungen für die städtebauliche Ordnung.

5. Verkehrliche Erschließung

Die verkehrliche Erschließung des räumlichen Geltungsbereiches ist über das bestehende öffentliche Straßenverkehrsnetz gewährleistet. Über die unmittelbar angrenzende öffentliche Verkehrsfläche „Engelings Haar“ besteht eine kurzwegige Anbindung zum örtlichen und überörtlichen Verkehr (L 510 / Ochtruper Straße). Über den entlang der Steinfurter Aa verlaufenden Fuß- und Radweg besteht ein weiterer Anschluss für den nicht-motorisierten Individualverkehr, der unter anderem in südlicher Richtung ins Stadtzentrum Burgsteinfurts führt.

6. Ver- und Entsorgung

Ver- und Entsorgungsleitungen liegen in den unmittelbar im Nahbereich ausgebauten Verkehrsflächen, sodass eine Anschlussmöglichkeit für etwaige Nutzungen gegeben ist.

Anfallendes und unverschmutztes Regenwasser kann auf den Grünflächen versickern.

7. Flächenbilanz

Flächennutzung	Flächennutzungsplan		85. Änderung	
	Größe in qm	Größe in %	Größe in qm	Größe in %
Gewerbliche Baufläche	4.170	100	0	0
Grünfläche	0	0	4.170	100
Gesamt	4.170	100	4.170	100

8. Auswirkungen der Planung

8.1. Umweltverträglichkeit / Schutz von Natur und Landschaft

Mit der 85. Änderung des Flächennutzungsplanes werden gegenüber dem wirksamen Flächennutzungsplan keine planungsrechtlichen Eingriffsmöglichkeiten in Natur und Landschaft zusätzlichen Umfangs bewirkt. Es werden im Gegenteil planungsrechtlich vorbereitete Eingriffsmöglichkeiten zurückgenommen, da aus einer gewerblichen Bau- eine Grünfläche wird.

Der räumliche Geltungsbereich befindet sich im nördlichen Stadtgebiet der Kreisstadt Steinfurt im Ortsteil Burgsteinfurt innerhalb des Siedlungsraumes. FFH- und Vogelschutzgebiete des europäischen Netzes „Natura 2000“ sind ebenso wenig wie geschützte Teile von Natur und Landschaft im Sinne des § 20 (2) BNatSchG betroffen.

Die Belange des Umweltschutzes nach § 1 (6) Nr. 7 und § 1a BauGB wurden in einem Umweltbericht beschrieben und bewertet. Er bildet einen gesonderten Teil der Begründung zum Bauleitplan. Im zusammenfassenden Ergebnis „der Konfliktanalyse wurde festgestellt, dass im Zuge der Änderung des Flächennutzungsplans [...] keine erheblichen Umweltauswirkungen zu prognostizieren sind, da keine zusätzliche Überbauung und Neuversiegelung vorgesehen ist, sondern im Gegenteil eine bisher mögliche gewerbliche Bebauung nun zugunsten von

Grünfläche aufgegeben wird. Damit kann eine Vielzahl von Auswirkungen auf Natur, Landschaft und Umwelt vermieden werden.“

8.2. FFH-Verträglichkeit

Das Land Nordrhein-Westfalen hat den Bereich „Bagno mit Steinfurter Aa“ (DE-3810-302) als Schutzgebiet nach der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie (Richtlinie 92/43 EWG des Rates vom 21.05.1992 zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen) gemeldet. Dieser Bereich umfasst große Teile der Waldbereiche des Bagnos, Vordersundern, Westerbrook und des Buchenberges sowie Teile der Steinfurter Aa und den Bagno See. Das Gebiet hat eine Größe von 467 ha. Zudem wurde das FFH-Gebiet „Steinfurter Aa“ (DE-3910-301) nachgemeldet (31 ha). Weitere Bereiche auf Steinfurter Stadtgebiet sind nicht als FFH- oder Vogelschutzgebiet ausgewiesen.

Der Abstand zwischen dem räumlichen Geltungsbereich der 85. Änderung des Flächennutzungsplanes und dem näher gelegenen FFH-Gebiet „Bagno mit Steinfurter Aa“ beträgt ca. 1.000 m (Luftlinie). Angesichts dieses Abstands sowie der beabsichtigten Planungen wird nicht von einer Beeinträchtigung der Schutzziele und –zwecke des FFH-Gebietes ausgegangen.

8.3. Artenschutz

Bei der Aufstellung bzw. Änderung von Bauleitplänen und der damit verbundenen möglichen Vorbereitung von Eingriffen in Natur und Landschaft ist zu prüfen, ob gegen artenschutzrechtliche Verbotstatbestände des § 44 (1) Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) verstoßen wird. Demnach ist insbesondere das Töten, das Stören sowie die Beschädigung von Fortpflanzungs- und Ruhestätten geschützter Tierarten bzw. von Standorten geschützter Pflanzenarten verboten. Im Zuge der Bauleitplanung ist diese Prüfung gemäß § 44 (5) BNatSchG für Tierarten nach Anhang IV der FFH-Richtlinie oder nach Vogelschutzrichtlinie vorzunehmen.

Bei dem Plangebiet handelt es sich entgegen der bisherigen Darstellung als „gewerbliche Baufläche“ um eine Grün- bzw. Rasenfläche mit randlichen Gehölzen. Entlang der Steinfurter Aa verläuft ein Fuß- und Radweg. Die beiden aufstehenden Gebäude werden durch die Vorstädter Schützen als Vereinsheim bzw. Remise genutzt. Bewegungsflächen sind geschottert oder gepflastert. Durch die intensive anthropogene Nutzung des (angrenzenden) Planbereiches liegen für das vorhandene Artenspektrum gewisse Vorbelastungen vor.

Im zusammenfassenden Resümee der der Begründung anliegenden Artenschutzvorprüfung heißt es hierzu, dass bei einer „Umsetzung [...] keine artenschutzrechtlichen Konflikte erwartet werden. Dies ist dadurch begründet, dass weder potentiell als Fortpflanzungs- und Ruhestätte nutzbare Gebäude- noch Baumschubstanz entfernt werden und auch keine essenziell bedeutsamen Nahrungsflächen für Fledermäuse oder Vögel überplant werden. Eine Auslösung von Verbotstatbeständen gemäß § 44 Abs. 1 Nr. 1 - 3 BNatSchG wird nicht prognostiziert.“

8.4. Immissionsschutz

Gemäß § 1 (6) Nr. 1 BauGB sind die allgemeinen Anforderungen an gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse bei der Aufstellung der Bauleitpläne zu berücksichtigen. In diesem Zusammenhang greifen insbesondere die Belange des Immissionsschutzes.

Angesichts der vorrangig wohnbaulich genutzten Umgebung sind keine schalltechnischen Beeinträchtigungen für die beabsichtigte Grünflächennutzung zu erwarten. Erhebliche gewerbliche Emissionen durch die im östlichen Nahbereich gelegene Brauerei werden in der 5. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 46 „Niedermühle“ durch die Gebietsgliederung nach dem Abstandserlass NRW 2007 vermieden. Hier wurde ebenso eine Vereinbarkeit mit den Geräusch- und Geruchsentwicklungen gutachterlich aufgezeigt.

Von dem Planänderungsbereich ausgehende Emissionen sind im Wesentlichen durch die Spielplatznutzung zu erwarten. Gemäß § 22 (1a) Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) sind allerdings Geräuscheinwirkungen, die von Kinderspielplätzen und ähnlichen Einrichtungen wie beispielsweise Ballspielplätzen durch Kinder hervorgerufen werden, im Regelfall keine schädliche Umwelteinwirkung und von den Nachbarn hinzunehmen. Bei der Beurteilung der Geräuscheinwirkungen dürfen Immissionsgrenz- und -richtwerte nicht herangezogen werden. Die bereits im Bestand und als Vorbelastung zu verstehende Nutzung durch den Schützenverein wird durch die Bauleitplanung nicht berührt, sodass die davon ausgehenden Emissionen unverändert bleiben sowie die Durchführung von kulturell-gesellschaftliche Veranstaltungen grundsätzlich unter Einholung der erforderlichen öffentlich-rechtlichen Genehmigung möglich ist.

Ein ausreichender Abstand zu den Störfallbetrieben Sauerstoffwerk Steinfurt, Sellen 106 (Luftlinie ca. 650 m) und Möller Chemie, Bürgerkamp 1 (Luftlinie ca. 850 m) ist gegeben, sodass es keinen Einfluss solcher Betriebe auf die Planungen gibt.

8.5. Klimaschutz

Gemäß § 1a (5) BauGB soll den Erfordernissen des Klimaschutzes sowohl durch Maßnahmen, die dem Klimawandel entgegenwirken, als auch durch solche, die der Anpassung an den Klimawandel dienen, Rechnung getragen werden.

Besondere Maßnahmen auf Ebene des Flächennutzungsplanes sind nicht vorgesehen. Allerdings bleiben durch die Rücknahme von gewerblichen Bauflächen Grünflächen erhalten. Ebenso sind dadurch erhebliche Beeinträchtigungen des im Fachinformationssystem Klimaanpassung dargestellten Gewerbe- und Industrieklima nicht zu erwarten, zumal der Planbereich nicht in einem Klimawandel-Vorsorgebereich liegt.

8.6. Bodenschutz / Flächen mit Bodenbelastungen

Gemäß § 1a (2) Satz 1 BauGB soll mit Grund und Boden sparsam und schonend umgegangen werden; dabei sind zur Verringerung der zusätzlichen Inanspruchnahme von Flächen für bauliche Nutzungen die Möglichkeiten der Entwicklung der Stadt insbesondere durch Wiedernutzbarmachung von Flächen, Nachverdichtung und andere Maßnahmen zur Innenentwicklung zu nutzen sowie Bodenversiegelungen auf das notwendige Maß zu begrenzen.

Das Plangebiet ist im wirksamen Flächennutzungsplan als „gewerbliche Baufläche“ dargestellt. Ein rechtskräftiger Bebauungsplan existiert nicht. Durch die beabsichtigte Darstellung einer Grünfläche mit der Zweckbestimmung „Spielplatz“ wird dem Grundsatz des Bodenschutzes entsprochen, da planungsrechtlich vorbereitete Bodenversiegelungen reduziert werden.

Nach der Karte der schutzwürdigen Böden NRW (3. Auflage) befindet sich im westlichen Drittel des Plangebietes ein aufgrund seiner hohen Funktionserfüllung als Archiv der Kulturgeschichte schutzwürdiger Plaggenesch. Da durch die Änderung des Flächennutzungsplanes von „gewerbliche Baufläche“ in „Grünfläche“ planungsrechtlich Eingriffe in Natur und Landschaft reduziert werden, lassen sich durch die Bauleitplanung keine erheblichen Beeinträchtigungen feststellen. Zudem ist der Boden im Geltungsbereich sowie insbesondere seiner Umgebung anthropogen überprägt, sodass die schutzwürdigen Eigenschaften des Bodens stark eingeschränkt sind und das Maß der Schutzwürdigkeit als sehr reduziert zu betrachten ist.

Das „Kataster über altlastverdächtige Flächen und Altlasten / Verzeichnis über schädliche Bodenveränderungen und Verdachtsflächen“ des Umweltamtes des Kreises Steinfurt enthält für den Planbereich keine Darstellungen. Ein Altlastenverdacht für den räumlichen Geltungsbereich besteht somit nicht. Der Planbereich wurde allerdings vormals als Kläranlage genutzt. Diese Infrastruktur wurde 1996 abgerissen sowie die zugehörigen Klärbecken verfüllt. Aufgrund der Vornutzung wurde eine orientierende Altlastenuntersuchung in Auftrag gegeben. Nach der Zusammenfassung der Bodenuntersuchung vom 17.05.2021 sind die Ergebnisse insgesamt als unauffällig zu bezeichnen und deuten bei der derzeitigen sowie der geplanten Nutzung als Kinderspielfläche nicht auf eine Gefährdung der menschlichen Gesundheit über den Wirkungspfad Boden-Mensch oder Boden-Bodenluft-Mensch hin. Im Falle von Tiefbauarbeiten ist mit erhöhten Entsorgungskosten zu rechnen.

8.7. Denkmalschutz

Im räumlichen Geltungsbereich der Flächennutzungsplanänderung sind keine Bau- und Bodendenkmäler bekannt. Auch in der unmittelbaren näheren Umgebung sind Bau- und Bodendenkmäler nicht vorhanden. Das als nächstgelegene Baudenkmal befindet sich ca. 115 m nordöstlich des Änderungsbereiches auf dem Gelände des evangelischen Friedhofes, Ochtrup-er Straße 64. Es handelt sich dabei um die Familiengrabstätte Rotmann.

Insgesamt ist festzustellen, dass angesichts der Entfernungen zu dem Denkmal und aufgrund des vorhandenen Bewuchses sowie der vorhandenen Bebauung in der Umgebung eine Beeinträchtigung des Baudenkmals, auch in Bezug auf Blickbeziehungen und Fernwirkungen, nicht zu erkennen ist. Belange des Denkmalschutzes werden nicht negativ berührt.

Bei Erdarbeiten können Bodendenkmäler (kulturgeschichtliche Bodenfunde, d.h. Mauerwerk, Einzelfunde aber auch Veränderungen und Verfärbungen in der natürlichen Beschaffenheit) und paläontologische Bodendenkmäler in Form von Fossilien (versteinerte Überreste von Pflanzen und Tieren) aus der Oberkreide (Santonium) entdeckt werden. Die Entdeckung von Bodendenkmälern ist der Kreisstadt Steinfurt und dem LWL-Archäologie für Westfalen, Münster unverzüglich anzuzeigen (§§ 15 u. 16 DSchG).

Erste Erdbewegungen sind rechtzeitig (ca. 14 Tage vor Beginn) der LWL-Archäologie für Westfalen, An den Speichern 7, 48157 Münster und dem LWL-Museum für Naturkunde, Referat Paläontologie, Sentruper Straße 285, 48161 Münster schriftlich mitzuteilen.

Der LWL-Archäologie für Westfalen oder ihren Beauftragten ist das Betreten des betroffenen Grundstücks zu gestatten, um gegebenenfalls archäologische und/oder paläontologische Untersuchungen durchführen zu können (§ 28 DSchG). Die dafür benötigten Flächen sind für die Dauer der Untersuchungen freizuhalten.

8.8. Bodenordnung

Bodenordnende und sonstige Maßnahmen zur hoheitlichen Umgestaltung von Grund und Boden und deren Eigentums- und Besitzverhältnisse im Sinne der §§ 45 ff. BauGB sind nicht erforderlich.

8.9. Kampfmittel

Ein Kampfmittelvorkommen ist nicht bekannt, aber auch nicht vollkommen auszuschließen. Die Durchführung aller bodeneingreifenden Baumaßnahmen sollte daher mit der gebotenen Vorsicht erfolgen. Sofern der Verdacht auf Kampfmittel aufkommt, ist die Arbeit sofort einzustellen und die allgemeine Ordnungsbehörde der Kreisstadt Steinfurt sowie der staatliche Kampfmittelbeseitigungsdienst Westfalen-Lippe (KBD WL) zu verständigen.

9. Verfahren

Die 85. Änderung des Flächennutzungsplanes wird im Regelverfahren gemäß § 1 (8) BauGB mit zweistufiger Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung gemäß §§ 3 und 4 BauGB durchgeführt. Gemäß § 2 (4) BauGB wird für die Belange des Umweltschutzes ein Umweltbericht erstellt. Der Umweltbericht bildet gemäß § 2a BauGB einen gesonderten Teil der Begründung.

Verfahrensschritt	Datum
Änderungsbeschluss <i>gem. § 1 (8) BauGB</i>	16.12.2021
Frühzeitige Beteiligung <i>gem. § 3 (1) und § 4 (1) BauGB</i>	
Öffentliche Auslegung <i>gem. § 3 (2) und § 4 (2) BauGB</i>	
Beschluss über die Änderung	
Bekanntmachung und Wirksamkeit <i>gem. § 6 (5) BauGB</i>	

Aufgestellt:

Steinfurt, 06.09.2022

Az.: FD61 / 61-26-09 / 85. FNP-Ae / Ep

Kreisstadt Steinfurt
Die Bürgermeisterin
Im Auftrag

gez. Benedikt Epping
Fachdienst Stadtplanung und Bauordnung

Anhang:

/

Anlagen:

- Lage im Stadtgebiet
- Umweltbericht zur 85. Änderung des Flächennutzungsplans im Bereich des Bebauungsplans Nr. 42f „östlich Engelings Haar – Teil II“, Münster, 05.09.2022, erstellt durch aru arbeitsgruppe raum & umwelt
- Artenschutzvorprüfung zur Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 42f „östlich Engelings Haar – Teil II“ und zur 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 42b „Terbergerstraße / nördlicher Teil“, Münster, 05.09.2022, erstellt durch aru arbeitsgruppe raum und umwelt
- Bodenuntersuchung der geplanten Spielplatzfläche Engelings Haar, Altenberge, 17.05.2021, erstellt durch Wessling GmbH